

Fraktion DIE LINKE. (Antrag Nr. 1019/2016)
--

Eingereicht am 04.05.2016 um 12:08 Uhr.

Ratsversammlung

Antrag der Fraktion DIE LINKE. zu einem Wohnungsbau durch Nachverdichtung statt Flächenversiegelung

Antrag zu beschließen:

Die Verwaltung führt eine Untersuchung durch, beziehungsweise lässt von einem wissenschaftlichen Institut untersuchen, inwieweit der Wohnungsbau in der Stadt Hannover durch nachverdichtende Maßnahmen weiter vorangetrieben werden kann. Dazu gehören unter anderem die Aufstockung von Gebäuden durch den Ausbau von Dachgeschossen oder ein zusätzliches Geschoss, Verdichtungen im Blockinnenbereich und Blockrandschließungen sowie die Konversion von ungenutzten Gewerbe- oder Büroflächen.

Wenn laut dieser Untersuchung ein entsprechendes Potenzial zum Wohnungsbau in Hannover vorhanden ist, legt die Stadt ein kommunales Förder-Programm für Bauträger auf, mit dem die beschriebenen Maßnahmen durch Zuschüsse für den Sozialen Wohnungsbau gefördert werden. Dieses Programm ist dann vom Rat zu beschließen.

Begründung:

Die dringende Notwendigkeit weiteren Wohnungsbaus und vor allem Sozialen Wohnungsbaus ist bekannt. Mit den knapper werdenden Bauflächen in der Stadt ergibt sich jedoch ein Zielkonflikt mit anderen Notwendigkeiten, wie dem Erhalt von öffentlichen Plätzen, öffentlichen Grünflächen und Kleingärten. Untersuchungen in anderen Städten haben ergeben, dass mit den genannten Maßnahmen ein erhebliches Potenzial für den Wohnungsbau erschlossen werden kann. In Frankfurt am Main liegt es beispielsweise bei rund 40.000 neuen Wohnungen mit insgesamt rund 2,5 Mio. Quadratmetern Fläche. Eine entsprechende Untersuchung der Technischen Universität Darmstadt und des Pestel-Instituts Hannover hat ergeben, dass damit bundesweit rund 1,5 Mio. Wohnungen errichtet werden könnten.

Mit einer Nachverdichtung im Bestand könnte somit die für die Menschen und das Klima in der Stadt nachteilige Flächenversiegelung in großem Maße verhindert werden. Es müssten keine öffentlichen Plätze, Parks und Kleingärten dem Wohnungsbau geopfert werden. Zudem ist der Aus- oder Umbau von bestehenden Häusern finanziell wesentlich günstiger als der Neubau.

Oliver Förste
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 04.05.2016